



MITTAGSPOST

Ausgabe 20/2023

Fraktion

Neben der regulären Fraktionssitzung am Dienstag, in der wie üblich die Plenartage geplant und besprochen wurden, sind wir am Mittwoch mit Olaf Scholz zu einer Sondersitzung zusammengekommen. Hintergrund war das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das den Nachtragshaushalts 2021 für nichtig erklärt hatte. Das BVerfGE hat damit ein grundlegendes Urteil zum Klima- und Transformationsfonds (KTF) und damit verbundenen Fragen gefällt. Damit wurde eine langjährige Staatspraxis, die natürlich auch von CDU-geführten Regierungen im Bund und in den Ländern ausgeübt wurde, beendet. Selbstverständlich wird die Ampel-Koalition das Urteil genau beachten und umsetzen. Es ist daher gut, dass die Bundesregierung die unmittelbaren Schlussfolgerungen aus dem Urteil gezogen und die entsprechenden Mittel gelöscht hat. Im nächsten Schritt wird nun ein neuer Wirtschaftsplan für den KTF zu erarbeiten sein. Trotz des Urteils konnten wir die Beratungen für den Haushalt 2024 planmäßig fortsetzen, die Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses ging in den frühen Stunden des Freitagmorgen zu Ende. Ergebnisse u.a.: 100 Mio. Euro mehr zur Unterstützung jüdischen Lebens und für die Bekämpfung von Antisemitismus; 80 Mio. Euro mehr für Freiwilligendienste (Kürzungen komplett zurückgenommen); 150 Mio. Euro mehr fürs Bafög und eine strukturelle Reform in 2024; 750 Mio. Euro mehr für den „Jobturbo“ zur Arbeitsmarktintegration. Auch im Agrarbereich konnten geplante Kürzungen zurückgenommen und der ländliche Raum gestärkt werden. Dazu habe ich heute eine [Pressemitteilung](#) veröffentlicht. Den Bundeshaushalt 2024 werden wir dann in der übernächsten Woche wie geplant im Parlament beschließen.

Plenum

Mit dem **Gesetz für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze** haben wir in dieser Woche die Grundlagen für die Einführung einer flächendeckenden Wärmeplanung in Deutschland geschaffen (mehr [hier](#)). Um alle auf dem Weg zur Klimaneutralität zu unterstützen, fördern wir den Einbau klimafreundlicher Heizungen mit bis zu 70 Prozent der Investitionskosten. Alle 11.000 Städte und Gemeinden in Deutschland werden in den nächsten Jahren konkrete Wärmepläne erstellen. Großstädte haben dafür bis Mitte 2026 Zeit, Gemeinden mit weniger als 100.000 Einwohner:innen bis Mitte 2028. Die **kommunale Wärmeplanung** wird konkret aufzeigen, welche klimafreundlichen Heizungslösungen vor Ort jeweils möglich sind. So schaffen wir Transparenz und Planungssicherheit, mit welchen Energieträgern und mit welcher Versorgung vor Ort zu rechnen ist. Auch das **Wachstumschancengesetz** ist [beschlossen](#)! Es soll Impulse für Investitionen und Innovationen setzen, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Deutschland verbessern. Es verbindet die Förderung von wirtschaftlichem Wachstum und klimafreundlicher Transformation. Daneben sieht das Gesetz grundlegende Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuervermeidung vor, wie die Einführung der elektronischen Rechnung und einer Meldepflicht innerstaatlicher Steuergestaltungen. Es enthält auch **wichtige Entlastungsmaßnahmen etwa bei der Rentenbesteuerung**. Mit einem geringeren Anstieg des Besteuerungsanteils von Renten vermeiden wir in den meisten Fällen eine unzulässige Doppelsteuerung. Weitere Themen auf der Tagesordnung [betrafen die Verlängerung der Energiepreisbremsen](#) bis Ende März 2024 und die [Einstufung sicherer Herkunftsländer](#).

Burkhard Blienert in der AG



Burkhard Blienert, der Sucht- und Drogenbeauftragte der Bundesregierung, hat am Dienstag an unserer AG-Sitzung teilgenommen. Wir haben mit ihm über Sucht und Drogenfragen diskutiert, vor allem darüber, was wir künftig in Sachen Prävention unternehmen wollen. Dabei geht es gleichermaßen um die Risiken von Glücksspiel, Nikotin, E-Zigaretten, Alkohol und Cannabis. Nur durch mehr Aufklärung und eine effektive Suchtprävention erreichen wir höheren Gesundheitsschutz. Weitere Themen waren ein Nachbericht zur AG EL-Veranstaltung „Für eine Landwirtschaft der Zukunft - Welche Rolle spielt Agrarökologie?“ sowie die Beratung eines Positionspapiers zu den Vorschlägen der EU-Kommission zu neuen Gentechniken in der Landwirtschaft.

Magazin „Fraktion intern“

Diese Woche kommt die Mittagspost mit einem kleinen Bonus (der als separate Datei angehängt ist), der aktuellen Ausgabe des Magazins „Fraktion intern“ der SPD-Bundestagsfraktion, daher. Das Schwerpunktthema dieser Ausgabe ist „Fortschritt für Dich – Wie wir das Leben vieler Menschen konkret verbessern“ und bietet eine Zwischenbilanz zur Halbzeit der aktuellen Legislaturperiode. Was wir schon umgesetzt haben und was bereits konkret geplant ist, ist in diesem Heft in einem gut präsentierten und reich bebilderten Überblick lesen. Publikationen der Bundestagsfraktion finden sich auch unter diesem [Link](#).

Regulierung von Kindermarketing



Als Schirmfrau eines entsprechenden Fachgesprächs war ich am Donnerstag zugegen, als noch einmal die wissenschaftliche Bestätigung erfolgte: Die Ernährungsgewohnheiten werden in hohem Maße bereits im Kindesalter geprägt, dabei spielt Werbung eine bedeutende Rolle. Alarmierende Zahlen: 15 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Deutschland gelten als übergewichtig und 6 Prozent sogar als adipös. Ausgefeilte Marketing- und Werbemaßnahmen der Industrie fördern dies. Die SPD setzt sich seit Jahren für ein Verbot von an Kinder gerichteter Werbung ein und hat es bei den Koalitionsverhandlungen 2021 endlich geschafft, einen Auftrag dazu im Koalitionsvertrag zu verankern.

Bovi in der Landesgruppe

In der Sitzung der Landesgruppe Niedersachsen-Bremen war am Montag der Bremer Bürgermeister Andreas Bovenschulte zu Gast. Bei dem Austausch ging es unter anderem um das Thema Hafencosten, die Bedeutung der Häfen für das Gelingen der Energiewende sowie die Vorschläge der Bundesregierung zur Entlastung der energieintensiven Unternehmen ([Strompreispaket](#)).

